

Der Minister

Ministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Datum: 8. September 2023  
Seite 1 von 1

An den  
Präsidenten  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/1583**

A01

Aktenzeichen VI A 4 –  
92.02.01  
bei Antwort bitte angeben

Wolfgang Kopal  
Telefon 0211 855-3499  
Telefax 0211 855-3683  
wolfgang.kopal@mags.nrw.de

**für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

**Bericht: „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Josef Neumann MdL, hat mich auf Grundlage eines Schreibens der Fraktion der SPD für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 13. September 2023 um einen schriftlichen Bericht zum o.g. Thema gebeten.

Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den erbetenen Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

(Karl-Josef Laumann MdL)

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Fürstenwall 25,  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 855-5  
Telefax 0211 855-3683  
poststelle@mags.nrw.de  
www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linie 709  
Haltestelle: Stadttor  
Rheinbahn Linien 708, 732  
Haltestelle: Polizeipräsidium

**Anlage**



**Bericht**

für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

**„Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“**

---

Mit dem Programm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) von 2018 – 2020 120 Projekte in besonders benachteiligten Quartieren gefördert. Gegenstand der Förderung war die Finanzierung von Bezugspersonen, um Heranwachsende zu unterstützen und Übergänge von Schule in Ausbildung zu begleiten. Durch die Förderprojekte sollte gerade in Quartieren, in denen Kinder, Jugendliche und ihre Familien bislang bei Beteiligungs- und Aktivierungsprozessen nicht oder nur sehr schwer erreicht werden konnten, neue Impulse gesetzt werden. Die Entwicklung von Verantwortung für das eigene Quartier sollte dabei langfristig gestärkt werden. Parallel hierzu wurden Aktivitäten und Initiativen gefördert, die ein gesundes Aufwachsen bei Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellten und dabei auf die Stärkung von Kompetenzen und Beteiligung armutsbetroffener und sozial benachteiligter Gruppen sowie die Verankerung von gesundheitsfördernden Strukturen abzielten.

Derartige Landesprojekte sollen, um vor Ort und – durch die Erprobung und Verbreitung möglicher neuer Konzepte und Instrumente – bestenfalls auch darüber hinaus Impulse setzen, die Strukturen und Angebote der sozialen Arbeit im Sinne der unterstützungsbedürftigen Menschen weiterzuentwickeln. Schon die begrenzte Zahl und der begrenzte direkte räumliche Wirkungsbereich solcher Projekte im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kommunen und erst recht der kleinräumigeren sozialen Wirkungsräume (Quartiere) zeigt, dass die Förderungen nicht auf die dauerhafte Unterstützung einzelner Projektbereiche angelegt sein können. Im Sinne der Landesaufgabe, landes-

weit möglichst vergleichbare Lebensverhältnisse zu unterstützen, müssen entsprechende Programme vielmehr darauf angelegt sein, dass die im Rahmen der lokalen Projekte gesetzten Impulse und erworbenen Erfahrungen im Anschluss an die Förderzeiträume in den lokalen Organisations- und Finanzierungsstrukturen möglichst nachhaltig umgesetzt werden und durch entsprechende Transferansätze optimalerweise auch überregional zur Nachahmung anregen. Diese Nachhaltigkeit sicherzustellen ist für viele Projekte aber eine besondere Herausforderung, so dass der Erfolg oder Misserfolg bei diesen Bemühungen und die jeweiligen Ursachen dafür im Rahmen der Projektevaluation besonders im Fokus stehen sollten.

Dabei ist als Prämisse den Landesprojektförderungen immanent, dass diese nicht zur dauerhaften Finanzierung genutzt werden können. Bei den Landesförderungen kann es schon aufgrund der Vorgaben des Landeshaushaltsrecht nicht darum gehen, Projekte wiederholt und unverändert zu fördern. Dies widerspräche dem Grundgedanken einer Projektförderung, die ja gerade die Möglichkeit bieten soll, neue Ideen und Handlungsoptionen versuchsweise zu erproben, um anschließend die angedachten Aktivitäten und Initiativen vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen mit Mitteln Dritter fortzusetzen, wenn sie sich bewährt haben.

Es ist ausdrücklich nicht die Intention der Förderprogrammatik der Landesregierung, durch eine Dauerförderung quasi staatlich geförderte Regelstrukturen einzurichten. Insofern kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich ein Förderprogramm im Kontext der Bekämpfung von Armut und ihren Folgen in Aussicht gestellt werden, zu den inhaltlichen und fördertechnischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen liegen noch keine verbindlichen Informationen vor.

Bezogen auf das Programm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ kann bezogen auf die Auswertung konkret Folgendes berichtet werden: Nachdem in 2020 zahlreiche Projekte vor dem Hintergrund coronabedingter Einschränkungen erhebliche Probleme bei der unmittelbaren Kontaktaufnahme und Unterstützung der Betroffenen hatten, wurde den Projektträgern zur Ermöglichung der Erreichung der Projektziele eine fortgesetzte Förderung zunächst für 2021 und schließlich auch für 2022 angeboten, im Wesentlichen finanziert aus den durch die EU zusätzlich bereitgestellten EU-REACT-Mitteln.

77 der zunächst bis Ende 2020 geförderten Projekte haben diese Möglichkeit in Anspruch genommen, 43 neue Projekte konnten zusätzlich ab Januar 2021 gefördert werden, sodass in 2021 weiterhin insgesamt 120 Projekte, in 2022 109 Projekte gefördert wurden; elf Antragsteller hatten für 2022 keine weiteren Mittel beantragt.

Nach Auslaufen der Projektförderung zum 31. Dezember 2022 hatten die Projektträger bis Februar 2023 einen Abschlussbericht vorzulegen. Soweit die vorliegenden Berichte gesichtet und ausgewertet werden konnten, ist bezogen auf die Nachhaltigkeit festzustellen, dass von knapp 20 Prozent der Kommunen zurückgemeldet wurde, dass die mit der Förderung angeregten Maßnahmen zumindest in 2023 fortgeführt werden. Dies geschieht zum einen durch die Finanzierung aus dem Haushalt der Kommunen, in anderen Fällen konnten Teilbereiche der Projektumsetzung in die bestehenden Strukturen überführt bzw. mit Hilfe von Ehrenamtlichen beibehalten werden.

Inhaltliche konnten mit den Projekten wertvolle Erfahrungen gesammelt werden: Diverse Projektbesuche und Gespräche mit den Projektträgern haben gezeigt, dass die im Rahmen der Projektarbeit durchgeführten Beratungen, Aktivierungen und Betätigungen bei den Beteiligten dazu führen, neue Chancen kennenzulernen, über die eigene persönliche und berufliche Entwicklung nachzudenken, konkrete Vorhaben mit Begleitung der Projektmitarbeitenden anzugehen und umzusetzen. Durch das Förderprogramm wurde den Projektträgern ermöglicht, neue niederschwellige und aufsuchende Angebote umzusetzen, die es zuvor in dieser Form nicht gegeben hat.

Im Hinblick auf den Ausgangsbefund, dass es den Menschen in belasteten Quartieren häufig an einer zentralen Anlaufstelle und vertrauensvollen Ansprechperson fehlt, die sich um ihre Anliegen kümmern kann, verdeutlichen die Projektberichte zentrale Erfolgsfaktoren auf zwei Ebenen. Erstens geht es um die Vernetzung im Quartier, um bestehende Angebote zugänglich zu machen und miteinander zu verzahnen und zweitens muss sich jemand um die spezifischen Bedarfe der Kinder, Jugendlichen und Familien kümmern. Diese Prozesse sind von den Projekten offensichtlich sehr vielversprechend geleistet worden.

Obwohl sich die Projektträger mit einer allgemein herausfordernden Gesamtsituation durch die Coronapandemie und deren Nachwirkungen konfrontiert sahen, ist es laut der Projektberichte überall gelungen, mit den Zielgruppen in Kontakt zu kommen, Kontakte auch unter erschwerten äußeren Rahmenbedingungen aufrecht zu halten und die Ursprungsziele umzusetzen. Die zeitweise Umstellung bzw. Erweiterung auf digitale Angebote wird von der Mehrheit als Bereicherung beschrieben.

Im Rahmen der weiteren und umfassenden Auswertung der Projektergebnisse wird es jetzt darum gehen, positive Ansätze und Instrumente zu identifizieren, die im Rahmen eines Erfahrungstransfers auch für andere Kommunen bzw. Standorte nutzbar gemacht werden können. Zudem werden umfassend auch die Rahmenbedingungen analysiert werden, die eine nachhaltige Fortsetzung der Projekte ermöglicht bzw. verhindert haben.

Die im Rahmen der Evaluation erworbenen Erkenntnisse werden unmittelbar in den aktuellen Prozess einbezogen, ausgehend von der Armutskonferenz 2023 neue Handlungsansätze und -strategien für die Landesebene im Bereich der Armutsbekämpfung zu erarbeiten. Im Fokus dieser Aktivitäten stand auf den verschiedenen Akteursebenen im Jahr 2023 zunächst die Bewältigung der aktuellen Krisensituationen im Kontext Ukrainekrieg, Inflation etc. und zu diesem Zweck auch die Umsetzung des Stärkungspaktes. Inzwischen stehen aber den Beteiligten wieder Ressourcen auch für langfristige Planungen zur Verfügung. Daher wurde seitens MAGS inzwischen ein breit angelegter Partizipationsprozess initiiert, um die Ansatzpunkte für eine langfristige neue Strategie für das Land im Bereich Armutsbekämpfung zu diskutieren. Hierbei sollen von Beginn an neben den verschiedenen Akteuren der sozialen Infrastruktur auch die Sozial- und Armutswissenschaft in NRW und vor allem die von Armut, Wohnungslosigkeit und anderen prekären Lebenssituationen betroffenen Menschen selbst intensiv eingebunden werden. Eine nachhaltige Partizipation in diesem Sinne wird, das zeichnet sich bereits jetzt ab, insgesamt auch generell ein wichtiger Aspekt in der künftigen Landstrategie sein. Das Gleiche gilt nach unserer Einschätzung für die Themen „Zugang und Inanspruchnahme bestehender Leistungsansprüche und Unterstützungsstrukturen“ sowie weiterhin – auch im Anschluss auf die o.g. Landesprogramme – die Gestaltung einer Unterstützungsstruktur gerade in sozial und wirtschaftlich besonders

herausfordernden Quartiersstrukturen. Ein mögliches Folgeprogramm zum Förderaufruf „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ soll dann für die Umsetzung einer partizipativ erarbeiteten Landesstrategie genutzt werden. Da das Programm in jedem Fall wieder auf mehrere Jahre angelegt sein müsste, kann der Projektbeginn erst in Stadium erfolgen, in dem konkret sinnvolle Maßnahmen aus dem Strategieprozess abgeleitet werden können. Das MAGS strebt – vorbehaltlich der weiteren Ergebnisse des Partizipationsprozesses – insoweit einen Projektauftrag im ersten Halbjahr 2024 an. Selbstverständlich wird das MAGS zudem den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales fortlaufend über den Prozess informieren und einbeziehen.